

Arbeit und soziale Gerechtigkeit für Hessen



Vorschläge zum Landeshaushalt 2009

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Arbeit und soziale Gerechtigkeit für Hessen

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

mit unseren Vorschlägen zum Hessischen Landeshaushalt 2009 legen wir in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise notwendige und machbare Alternativen für eine soziale und ökologische Politik vor.

Der Haushalt der Hessischen Landesregierung steht für eine Politik der Zementierung sozialer Ungerechtigkeit, den Ausverkauf staatlichen Eigentums und eine Fortsetzung der Umverteilungspolitik von unten nach oben.

Unsere Alternative ist die Schaffung eines Schutzschildes für Menschen durch öffentliche Beschäftigungspolitik, das Auflegen eines hessischen Anti-Armutsprogramms und eine beschäftigtenfreundliche Wirtschaftspolitik. Im Bildungsbereich wollen wir die chronische Unterfinanzierung der Schulen beenden und mit der Privatisierung des Bildungssystems Schluss machen. Für den Ausbau der Kinderbetreuung muss mehr Geld in die Hand genommen werden. Hessen leistet sich nach aktuellen PISA-Studien eines der sozial ungerechtesten Bildungssysteme. Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie die öffentliche Förderung ökologischen Strukturwandels sind Fundamente eines nachhaltigen Gesellschaftswandels und schaffen Arbeitsplätze.

Gleichzeitig zur höchsten Neuverschuldung Hessens mit 2,5 Mrd. Euro und aktuell von CDU und FDP in Aussicht gestellten Steuergeschenken verkündet diese Landesregierung eine als „Schuldenbremse“ getarnte Kreditsperre, die kommende Generationen und Landesparlamente ab 2020 bei Investitionen in Bildung, Umwelt oder bei antizyklischen Maßnahmen gegen Konjunkturerinbrüche zur Handlungsunfähigkeit verdammt. Zeitgleich werden Investitionsprogramme auf-



gelegt, die über 2020 hinaus die Haushalte von Land und Kommunen belasten. So wird die Allgemeinheit für diese Krise bezahlen und nicht diejenigen, die in den letzten Jahren vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert haben.

Statt Kreditsperren brauchen wir Steuersenkungsbremsen und eine solidarische Steuerpolitik. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine gerechtere Erbschaftsteuer könnten mehr als 1,8 Mrd. Euro zusätzlich einbringen.

Wir haben in den Haushaltsberatungen unsere Alternativen für ein sozial gerechtes Hessen eingebracht. Wir tun dies in Abstimmung mit sozialen Bewegungen, Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen. Zur Dokumentation legen wir diese Broschüre vor.

Auf Wunsch stellen wir gerne auch die detaillierten Vorschläge zu den Einzelplänen des Haushalts zur Verfügung.

Unsere Vorschläge beweisen: Eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und der aktiven Bekämpfung der Wirtschaftskrise ist für Hessen machbar, gestaltbar und finanzierbar!

Barbara Cárdenas Ulrich Wilken

Hermann Schaus

Janine Wissler

Marjana Schott

Willi van Ooyen

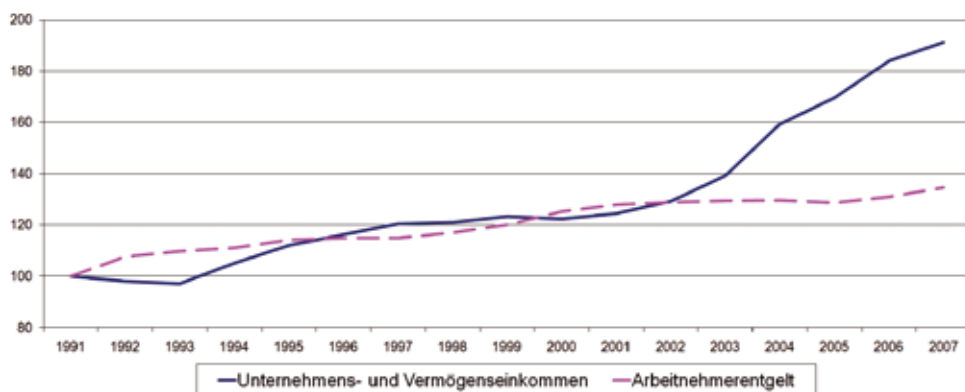
Solidarische Steuerpolitik – Reichtum FAIRsteuern

Zur Finanzierung unserer haushaltspolitischen Vorschläge

Unsere Forderungen sind finanzierbar, wenn endlich die Einnahmeseite gestärkt wird, statt nur bei den Ausgaben zu kürzen.

Während in Bund und Ländern Politiker über Kreditsperren (sog. Schuldenbremse) ab 2020 diskutieren, sehen wir in der stärkeren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums einen ersten Schritt für einen handlungsfähigen Staat. Eine Umverteilung von oben nach unten ist das Gebot der Stunde! Vom letzten Aufschwung haben nur die Besserverdienenden und Kapitaleigner profitiert, während die Arbeits- und Transfereinkommen niedrig gehalten wurden.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Arbeitnehmerentgelt in Hessen (Messzahlen, 1991=100)



Alleine durch die rot-grünen Steuerreformen seit 1998 entgehen Hessen jährlich ca. 1,5 Mrd. Euro. Gerade die von vielen internationalen Wirtschaftsinstituten festgestellte übermäßige Belastung von mittleren und kleinen Einkommen gegenüber Großeinkommen ist ein gesellschaftlicher Skandal, den SPD, Grüne, CDU und FDP in den letzten Jahren politisch zu verantworten haben.

Während zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Großbanken 480 Mrd. Euro bereitgestellt, 80 Mrd. Euro für Konjunkturprogramme von Bund und Ländern ausgegeben werden und Großunternehmen milliardenschwere öffentliche Kreditprogramme zukommen, brechen die Steuereinnahmen dramatisch ein. Alleine in diesem Jahr werden Bund und Ländern ca. 45 Mrd. Euro Steuereinnahmen fehlen. Für Hessen bedeutet dies zusätzliche Mindereinnahmen von mehr als einer Milliarde Euro.

Wir wollen die langfristige Konsolidierung der öffentlichen Einnahmen statt willkürlicher Privatisierungs- und Kürzungspolitik. Ausgangspunkt unserer Steuerpolitik ist die Frage der gerechten Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Wilde Spekulation von Kapital muss verhindert werden statt mit Steuergeschenken für Vermögende und Kapitalbesitzer dem Zocken an den Börsen noch Futter zu geben. Eine Millio-närssteuer und eine Börsenumsatzsteuer sind deshalb Pflicht!

Wir fordern die Landesregierung auf, statt Steuergeschenke für Vermögende und Großunternehmen zu verkünden, sich endlich für eine gerechte Steuerpolitik einzusetzen.

Das bedeutet konkret:

- Wir fordern die politisch und rechtlich machbare Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Sie beträgt nicht mehr als 1% auf Vermögen ab 500.000 Euro und würde dem Land Hessen Mehreinnahmen in Höhen 1,2 Mrd. Euro nach Länderfinanzausgleich verschaffen.
- Die momentane Erbschaftssteuer verdient kaum ihren Namen. Während jährlich 200 Mrd. Euro vererbt werden, werden nur 2% dieses Aufkommens entnommen. Die Erbschaftssteuer soll deshalb zu einer Großerbensteuer umgewandelt werden, wodurch Hessen ca. 607 Mio. Euro nach Länderfinanzausgleich zusätzlich einnimmt.

Da diese Steuern Landessteuern sind, fließen sie direkt in den Landeshaushalt. Um diese Steuern jedoch nach unseren Vorstellungen zu gestalten, muss das Land Hessen eine Bundesratsinitiative voranbringen.

Zusätzlich fordern wir die Einstellung von 100 zusätzlichen Betriebsprüfern und Steuerfahndern, die durch mehr Kontrollen bei Großunternehmen und Einkommensmillionären pro Fahnder 1,6 Mio. Euro mehr Einnahmen erwirtschaften. Es ist unverständlich, dass Hessen bei der Umsetzung der Steuergesetze bei Unternehmen und Einkommensmillionären im Vergleich der Bundesländer im Hintertreffen ist.

Mit unseren Forderungen würden dem Land Hessen dieses Jahr mehr als 1,8 Mrd. Euro an Mehreinnahmen zukommen, mit denen eine solidarische, ökologische und Arbeitsplätze schaffende Politik finanziert werden kann.

Bildung – Wissenschaft – Kunst

Ganzheitliches Lernen möglich machen – Ausbau von gebundenen Ganztagsschulen + 187,5 Mio. Euro

Als ersten Schritt fordern wir, dass 300 Schulen regional ausgewogen über Hessen verteilt den Ganztagsbetrieb aufnehmen. Hierfür sollen in Kooperation mit den Schulträgern 3.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogisches Personal eingestellt werden.



Besseres Lernen durch kleinere Klassen + 93,75 Mio. Euro

Als ersten Schritt zu kleineren Klassen (- 20%) wird die sogenannte „Sternchenregelung“ abgeschafft. Die bewirkt, dass die Klassen in Hessen ihre Maximalgrößen um bis zu drei Schülerinnen und Schüler überschreiten können. Dafür wollen wir insgesamt 2.500 Lehrstellen schaffen. Das sind 1.500 mehr als von der Regierungskoalition geplant.

Alle mitnehmen können – bessere Prävention durch Ausbau von Schulsozialarbeit und psychologischer Betreuung an Schulen + 31,9 Mio. Euro

Der notwendige Ausbau von Ganztagsschulen, die Anforderungen von Inklusion und die schwierigen Entwicklungen an manchen Schulen machen den Einsatz zusätzlichen Fachpersonals dringend nötig.

Wir fordern 250 zusätzliche SozialpädagogInnen- und 250 zusätzliche PsychologInnenstellen.

Versteckte Gebühren abschaffen – Lernmittelfreiheit sicherstellen + 12 Mio. Euro

Obwohl sich CDU und FDP zur Lehr- und Lernmittelfreiheit bekannt haben und die Mittel für diese erhöhen wollen, mogeln sie. Die geplanten Gelder reichen bei Weitem nicht aus. So wird bspw. an vielen hessischen Schulen weiterhin eine „Kopierpauschale“ als verstecktes Schulgeld erhoben. Deshalb fordern wir die wirkliche Herstellung der Lehr- und Lernmittelfreiheit ein. Dies bedeutet, dass die Mittel auf 18 Mio. Euro verdreifacht werden müssen.

Sofortprogramm für ein Unterrichtsfach „Deutsch als Zweitsprache“ und der Ausbau des Herkunftssprachlichen Unterrichts + 31,25 Mio. Euro

Wir streiten für sofortige Schritte zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und wollen hierfür 500 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen.

Gute Bildung und Betreuung von Anfang an sichern – bessere ErzieherInnen-Kind-Relation und kleinere Gruppen in KITAs + 210 Mio. Euro

Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten sind der Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. Daher sind mittelfristig sowohl eine Verbesserung der ErzieherInnen-Kind-Relation als auch eine Verkleinerung der Gruppengrößen um je fünf Kinder notwendig.

Unser Ziel ist die Betreuung einer Gruppe von je 20 Kindern mit zwei vollen, qualifizierten Kräften. In einem ersten Schritt sind hierfür mindestens 7.000 zusätzliche Stellen für Erzieherinnen und Erzieher notwendig.

Öffentliche Ausgaben für Bildung (ISCED 1 bis 6) in Relation zum BIP 2005 in %



Quelle: Internationale Bildungsindikation im Ländervergleich 2008, Tab. B4.1

Bildung ist keine Ware, deshalb ...

... Rückzahlung von bereits gezahlten Studiengebühren + 90 Mio. Euro

Die Abschaffung der Studiengebühren war ein großer Erfolg. Wir wollen den Studierenden, die zufälligerweise in diesen Semestern der hochschulpolitischen Verirrungen studiert haben, die gezahlten Gebühren zurückzahlen.

... Gebührenfreiheit an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt (EFHD) erhalten + 400.000 Euro

Die Evangelische Fachhochschule Darmstadt bildet als private Hochschule Menschen in sozialen Berufen aus – ohne Studiengebühren. Damit das auch so bleiben kann, braucht die EFHD höhere Zuschüsse vom Land.

... Stärkung der Studentenwerke + 1,7 Mio. Euro

Die Studentenwerke brauchen zur Finanzierung ihrer Kernaufgaben mehr Geld. Studentisches Wohnen, Gesundheit und Kultur sind chronisch unterfinanziert. Daher wollen wir die Mittel um ein Sechstel erhöhen.

Kultur darf nicht zum Privileg für Reiche werden – Kürzungen im Kulturbereich rückgängig machen + 1 Mio. Euro

Im Rahmen des Kürzungsprogramms »Operation Sichere Zukunft« wurde im Kulturbereich, insbesondere bei der Künstlerförderung und den kleinen Theatern gekürzt. Das wollen wir rückgängig machen.

Soziales – Arbeit – Integration

Krisenbekämpfung unmittelbar – Sozialetat aufstocken + 40 Mio. Euro

Seit 2004 wurden durch die Kochsche Rotstiftspolitik der »Operation Sichere Zukunft« die Mittel für mehr als 100 Sozial-, Beratungs- und Kulturprojekte gekürzt, vielen davon vollständig. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise sind aber mehr Beratungsstellen für Arbeitslose, die Ausweitung der Weiterbildungsmöglichkeiten sowie kostengünstige kulturelle Angebote nötig. Wir wollen den sozialen Kahlschlag rückgängig machen. Wo erforderlich, sind Mittelaufstockungen vorzunehmen.

Soziale Teilhabe sichern – HessenCard einführen + 80 Mio. Euro

Die Fähigkeit zur Mobilität ist eine Voraussetzung für die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Die Kosten der jeweiligen Monatstickets des ÖPNV sollen für die von niedrigem Einkommen betroffenen Menschen reduziert werden. Wir wollen ein landesweit bezahlbares Ticket zum Preis von 15 Euro im Monat für finanziell Benachteiligte.

Die HessenCard soll zukünftig weiterentwickelt werden, sodass auch Sozialrabatte der kommunalen Einrichtungen (Bibliotheken, Bäder etc.) sowie Kultureinrichtungen (Kinos, Theater etc.) mit der HessenCard genutzt werden können. Wir wollen auch Vereine und Unternehmen dazu gewinnen, sich an solchen Sozialermäßigungen zu beteiligen.

Arbeit fördern – Öffentlich Beschäftigung finanzieren + 108,1 Mio. Euro

Die im Zuge der Hartz-IV-Gesetze eingeführten Ein-Euro-Jobs haben weder zur Entstehung neuer Arbeitsplätze noch zu besseren Vermittlungsquoten geführt, sondern zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse.

Wir wollen die ca. 16.000 hessischen Ein-Euro-Jobs in reguläre, tariflich entlohnte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. 2009 sollen zunächst 10.000 Stellen eingerichtet werden. Diese Stellen sind mit mindestens 10 Euro Stundenlohn zu entlohnen. Sie müssen Existenz sichernd sein und sind auf Dauer anzulegen. Durch die Bündelung von Bundes-, EU- und Landesmitteln werden intelligente Formen sozialer Arbeitsmarktpolitik gefunden. Schwerpunkt sollen insbesondere die strukturschwachen Regionen Hessens sein.



Armuts aufdecken – unabhängigen Armuts- und Reichtumsbericht erstellen + 300.000 Euro

Wir wollen einen aussagekräftigen, von unabhängiger Seite erstellten Armuts- und Reichtumsbericht, der sowohl über die stattfindende Konzentration von Vermögen als auch über soziale Risiken und wirtschaftliche Abstiege Auskunft gibt. Auf dieser Grundlage sind fundierte und umfassende sozialpolitische Maßnahmen zu ergreifen.

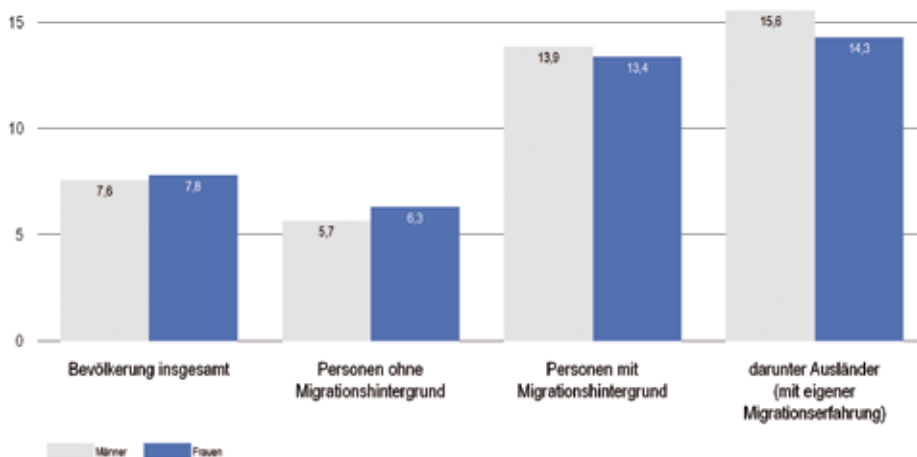
Soziale Stadtteilentwicklung voranbringen – Ausweitung des Programms „Soziale Stadt“ + 1 Mio. Euro

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ bietet die Möglichkeit, die vielfältigen Maßnahmen und Integrationsanstrengungen der Stadtentwicklung, Wohnumfeldverbesserung sowie der lokalen Kinder- und Jugendhilfe zu verbinden. Darum fordern wir, das Programm mit der Schaffung von Stellen mit einem Schwerpunkt der nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten zu verstetigen und auszuweiten. Dazu soll der Landtag konkrete Regelungen und Anreize beschließen, die eine Erhöhung des bisherigen Etats einschließt.

Weiterentwicklung von Integration – von Sprachkursen hin zum nachhaltigen Integrationskonzept + 300.000 Euro

Bei Ausbildungsniveau und Erwerbsbeteiligung sind Menschen mit Migrationshintergrund deutlich benachteiligt. Ihre Erwerbslosenquote ist insgesamt mehr als doppelt so hoch.

Erwerbslosenquoten der Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Alter zwischen 25 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht im Jahr 2006
in %



Wir setzen uns für eine Konzeptentwicklung unter der Federführung des zuständigen Ministeriums für Integration, dem Landesverband der kommunalen Ausländerbeiräte in Hessen, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) und einem noch einzuberufenden Integrationsbeirat ein. Die Aufgabenfelder im Bereich der Integration sind neu zu bestimmen. Zudem sollen Mindeststandards in der Ausstattung und den Kompetenzen für Integrationsbeiräte und -beauftragte eingeführt werden.

Wirtschaft – Verkehr – Energie

Ausbildungsplatzförderung ausbauen + 15,55 Mio. Euro

Die Krise schlägt auch auf den Ausbildungsmarkt durch. Schon jetzt hat sich die Anzahl der offenen Ausbildungsstellen innerhalb eines Jahres um 10% reduziert. Deshalb sollen die Ausbildungsprogramme des Landes soweit verstärkt werden, dass mehr als 3.000 zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert werden. Zudem fordern wir, dass das Land Hessen selbst tätig wird und 576 zusätzliche Auszubildendenstellen im Öffentlichen Dienst schafft.

Region Nordhessen stärken – Regionale Wirtschaftsförderung ausbauen + 2,5 Mio. Euro

Nordhessen braucht nachhaltige Initiativen zur Stärkung der Wirtschaftskraft, die an den Potenzialen der Region orientiert sind. Insbesondere der Tourismus und Agrarbereich sowie die Stärkung innovativer kleiner und mittelständischer Unternehmen sollten im Fokus nachhaltiger Wirtschaftsförderung stehen.

Unsinnige Leuchtturmprojekte stoppen – Beberbeck - 4,7 Mio. Euro

Das Ferienressort „Schloss Beberbeck“ soll mit staatlichen Mitteln aus dem Boden gestampft werden – Luxus-Hotels und rund 600 Häuser, Golfplätze, ein Reit-Areal mit Trabrennbahn, eine künstliche Seenlandschaft und alles, was auf gut 800 Hektar Fläche Platz findet. Für geplante 420 Millionen Euro soll ein monströses Infrastrukturprojekt gegen die Kritik der ansässigen Bevölkerung platziert werden, ohne dass sich wesentliche private Beteiligung abzeichnet. Solche ökonomisch und ökologisch zweifelhaften „Freizeitkominate“ lehnen wir ab.

... und Kassel-Calden - 15,8 Mio. Euro

Der geplante Ausbau des Flughafens Kassel-Calden ist ökonomisch unsinnig und ökologisch schädlich. Mit solch zweifelhaften industriepolitischen „Leuchttürmen“ werden keine nachhaltigen Arbeitsplätze geschaffen, sondern nur Millionen staatlicher Fördergelder in den Sand gesetzt. Der Regionalflughafen Kassel-Calden hat kaum Chancen im Wettbewerb der Flughäfen zu bestehen.

Von der Straße auf die Schiene – Straßenbaumittel umlenken - 25 Mio. Euro

Weiterhin setzt die Landesregierung auf Straßen statt auf die Schiene. Die Prioritäten im Langstreckenverkehr sind eindeutig. Dabei wäre gerade im Güterverkehr eine konsequente Umstellung auf die Schiene das Gebot der Stunde. Die unmittelbaren Arbeitsplatzeffekte des Schienenverkehrs sind bei weitem stärker als die des Flugverkehrs. Dann bräuchten wir auch keine Programme mehr für ein Staufreies Hessen, die dazu dienen, den überbordenden Automobilverkehr zu kanalisieren. Deshalb wollen wir die Hälfte der zusätzlich veranschlagten Gelder zur Stärkung des ÖPNV umleiten.

Flächendeckenden Nahverkehr schaffen – Anbindung aller Ortschaften in Hessen einleiten + 25 Mio. Euro

Eine moderne, dem Gemeinwohl unterstellte Mobilitätsbranche könnte das Herzstück einer sozial und ökologisch nachhaltigen Verkehrs- und Klimaschutzpolitik werden. Diese müsste damit beginnen, dass Hessens Einwohnerinnen und Einwohner flächendeckend mit einem attraktiven, verlässlichen und erschwinglichen Öffentlichen Personennahverkehr versorgt werden.

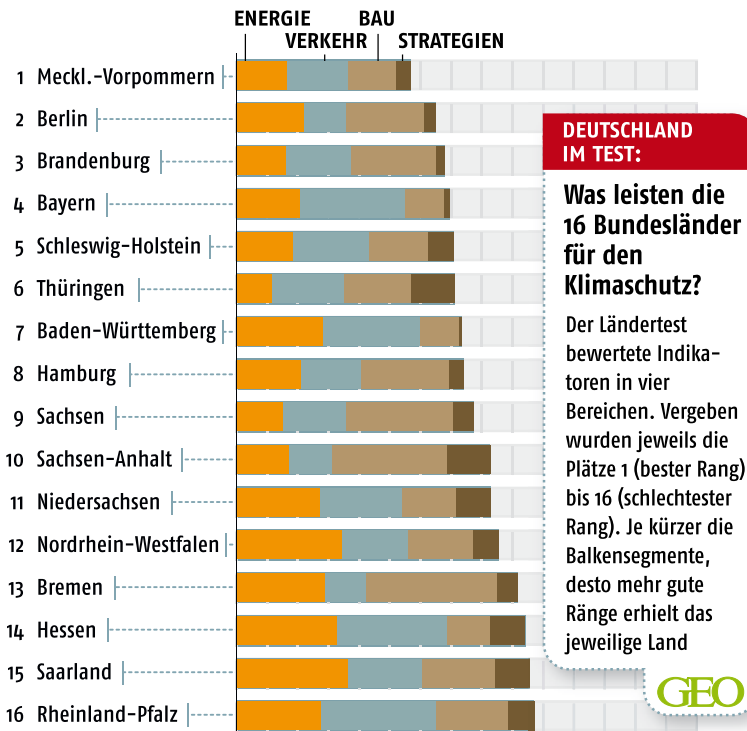


Energiewende einleiten – Landesprogramm für Erneuerbare Energien + 15 Mio. Euro

In anderen Bundesländern wird bis zu drei Mal mehr Strom aus Erneuerbaren Energien hergestellt als in Hessen. Im Möchtegern-„Musterland für Erneuerbare Energien“ (Roland Koch) sind es zwischen 5% und 6% – im Bundesdurchschnitt 15% bis 16%. Die Umkehr der Verhältnisse heißt Energiewende und effizienter Einsatz von Ressourcen. Wir wollen ein Landesprogramm zur Stärkung der Entwicklung erneuerbarer Energieträger und umweltfreundlicher Verfahrenstechniken aufsetzen. Entsprechende EU-Mittel sind zur Ko-Finanzierung stärker einzubinden.

Internationale Verpflichtung wahrnehmen – Entwicklungszusammenarbeit ausweiten + 260.000 Euro

Der Beitrag Hessens zur Entwicklungszusammenarbeit belief sich im vergangenen Jahr auf 260.000 Euro. Das sind rund 0,0001% des hessischen Bruttoinlandprodukts. Sinnvoll und angemessen wäre eine Verdopplung der eingestellten Mittel.



Umwelt – Klimaschutz – Landwirtschaft – Verbraucherschutz

Klimaschutz ist unsere Hauptaufgabe

Die drohenden Gefahren durch den Klimawandel stellen auch die Menschen in Hessen vor große Herausforderungen. Notwendig sind dafür jährliche Investitionen von schätzungsweise zwischen 1% und 3% des Bruttoinlandproduktes. Für Hessen sind das mindestens 2,2 Mrd. Euro.



Jedes Jahr müssen mehrere hundert Millionen Euro für die energetische Sanierung von Gebäuden und öffentlicher Infrastruktur aufgewendet werden. Das betrifft KITAs, Schulen, Schwimmbädern, Bussen und Bahnen, der Abwasser- und Müllentsorgung aber auch für die Wasserversorgung, den Hochwasserschutz und die Umstellung der Landwirtschaft.

Nachhaltige Zukunft wagen – klimaneutralen ÖPNV entwickeln + 4,2 Mio. Euro

Der Öffentliche Personennahverkehr muss im Betrieb klimaneutral werden. Hierzu müssen die Steigerung der Energieeffizienz, Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen und energetische Sanierung der Infrastruktur ineinander greifen.

Energie umwandeln – Klärwerke zu Biomassekraftwerken + 25 Mio. Euro

Die ca. 650 Klärwerke in Hessen sind für 20% des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Aus den Klärschlämmen und weiteren organischen Abfällen kann Biogas erzeugt werden, aus dem in Kraftwärmekopplung Strom und Wärme erzeugt wird. Bei größeren Klärwerken ließe sich der Energieverbrauch drastisch senken. Wir wollen die energetische Optimierung der kommunalen Klärwerke in Hessen mit zunächst 25 Mio. Euro anschieben.

Neue Arbeitsplätze schaffen – Integrierte Entwicklung der ländlichen Räume + 20 Mio. Euro

Den ländlichen Räumen kommt in Verbindung mit Forst- und Landwirtschaft eine große Bedeutung für den Schutz von Grundwasser, Lebensräumen sowie der Erholung zu. Für 2009 planen wir eine Anschubfinanzierung von 20 Mio. Euro, die in den nächsten Jahren mit größeren Beträgen weitergeführt werden muss. Die Gegenfinanzierung erfolgt aus einer Grundwasserabgabe (ca. 100 Mio. Euro). Hieraus soll auch die wichtige Arbeit der Wasser- und Bodenverbände unterstützt werden.

Beschäftigung in der Forstwirtschaft + 9,8 Mio. Euro

Nach den Kürzungen durch die Landesregierung in den letzten Jahren müssen für die Arbeiten im Forst 200 neue Waldarbeiter und 100 Auszubildende eingestellt werden. Zusätzlich müssen jeder Revierförsterei zur Unterstützung bei zentralen Aufgaben mindestens ein/e ForstwirtschaftlerIn zugeordnet werden (Personalbedarf: 100 bis 150 Stellen).

Gesundheit schützen - Lärmschutz umfassend ausbauen + 10 Mio. Euro

Ein wichtiger Bereich des Umweltschutzes ist der Lärmschutz. Wir wollen eine Anschubfinanzierung von 10 Mio. Euro, um noch in diesem Jahr mit Planung und vorbereitenden Baumaßnahmen, z.B. an der Autobahn 661 in Frankfurt und im Rheintal beginnen zu können. Zum Schutz der Bevölkerung müssen in den nächsten Jahren dreistellige Millionenbeträge aufgewendet werden.

Verbraucherschutz ausweiten – Verbraucherrechte stärken + 1 Mio. Euro

Der Überwachung der Umwelt sowie des Verbraucherschutzes kommt eine immer wichtigere Bedeutung zu. Immer mehr Menschen haben Probleme bei der Auswahl und dem Wechsel von Telefon-, Strom- oder Gasanbietern, bei Internetgeschäften aber auch dem täglichen Einkauf gesunder Nahrungsmittel. Für die Beratungstätigkeiten der Verbraucherschutz-zentralen sind 50 Cent pro EinwohnerIn anzustreben, was für Hessen eine Mittelaufstockung von ca. 1 Mio. Euro bedeutet.

Umweltberichterstattung qualifizieren + 450.000 Euro

Das Land kann seiner zentralen Aufsichtspflicht im Bereich der Umweltüberwachung nicht nachkommen. Zur Einschätzung der komplexen Umweltbelastungen für Menschen in Ballungsräumen und als Planungshilfe brauchen wir Langzeiterhebungen mit Human-Biomonitoring. Zusammen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Umweltverbänden soll ein solches Programm erarbeitet werden.

Innenpolitik – Öffentlicher Dienst – Recht

Privatisierungen beenden - 7,1 Mio. Euro

Roland Koch hat Hessen zu einem Musterland der Privatisierung gemacht. Das Land Hessen fördert sogar aus Steuermitteln Private-Public-Partnership Projekte (PPP), die nachweislich immense Verluste und Verschuldung für die Öffentliche Hand bedeuten, mit über 7 Mio. Euro pro Jahr. Die Verluste des Staates landen als Gewinne bei internationalen Finanzinvestoren und Banken.

Öffentliche Daseinsvorsorge stärken - 315.000 Euro bzw. + 315.000 Euro

Wir wollen diesen Prozess umkehren. Mit einem Änderungsantrag soll das „Kompetenzzentrum PPP“ umgewandelt und die 315.000 Euro hierfür in ein „Kompetenzzentrum für Re-Kommunalisierung“ fließen. So können Kommunen beraten werden, die ihre Energie- und Wasserversorgung, Bildung und Gesundheit wieder in regionale Wirtschaftskreisläufe und öffentliche Kontrolle zurückholen oder ausbauen wollen.

Nein zum Überwachungsstaat – für eine freie Gesellschaft - 3,2 Mio. Euro

Geheimdienste, die allmächtig und unkontrolliert die ganze Bevölkerung bespitzeln und überwachen, gefährden und zerstören Demokratie und Freiheit. Daher

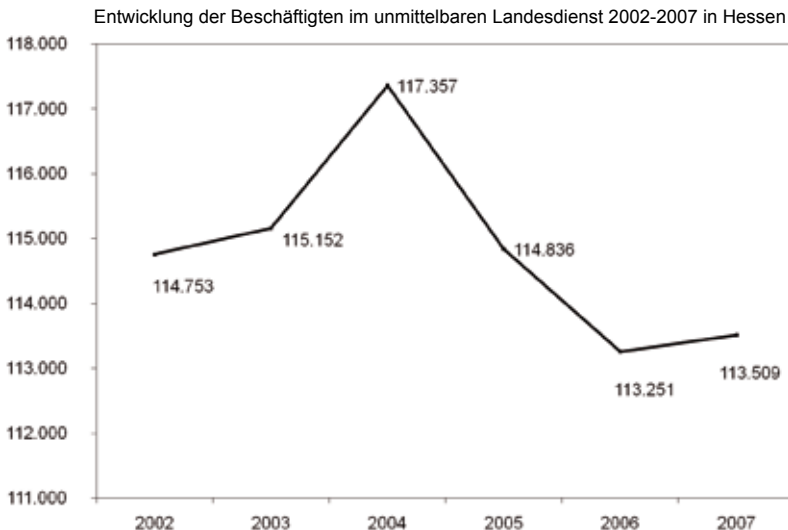
ist es nicht hinnehmbar, wenn die Innenminister Bouffier und Schäuble in einem Sicherheitswahn Geheimdienste immer weiter aufblähen. Allein dem Hessischen Verfassungsschutz sollen in 2009 über 35% mehr Mittel zugewiesen werden als noch 2006, während in allen anderen Bereichen, wie Polizei, Kommunen und Behörden, immer weiter gekürzt wird. Wir wollen im Haushaltsentwurf eine Rückführung der Mittel auf das Niveau von 2006. Ein Teil der freiwerdenden Mittel für den Verfassungsschutz soll für ein „Aktionsbündnis interkulturelle Begegnung“ bereitgestellt werden.

Neofaschismus bekämpfen – zivilgesellschaftliches Engagement fördern! + 3 Mio. Euro

Wir wollen durch das „Aktionsbündnis Interkulturelle Begegnung“ insgesamt 3 Mio. Euro für antifaschistische Gruppen, Initiativen, Vereine und Projekte einsetzen, die sich der Jugend-aus- und -weiterbildung, der Förderung interkultureller Begegnungen und dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts widmen. Das Land legt gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auf.

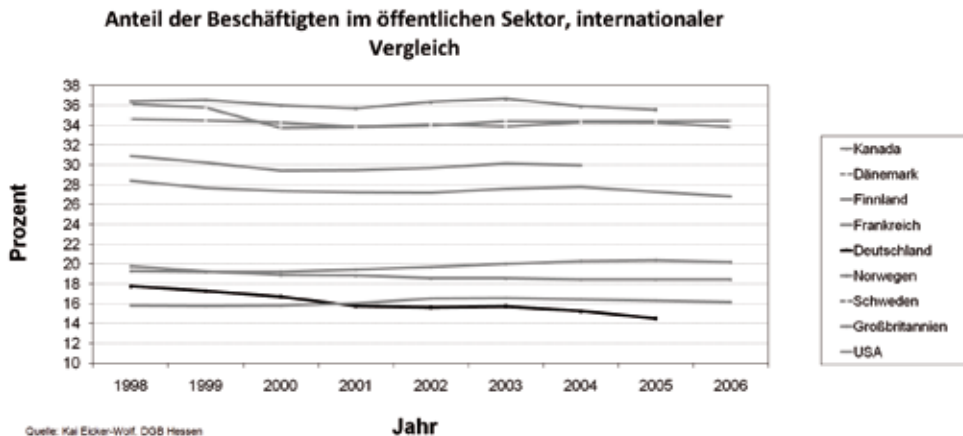
Überstunden und Belastung abbauen – Polizeidienststellen im ländlichen Raum erhalten + 2 Mio. Euro

Da auch die Hessische Polizei unter den Kürzungsmaßnahmen massiv zu leiden hat und einzelne Dienststellen kaum noch zu besetzen sind, wollen wir eine sofortige Erhöhung der Kapazität bei Anwärterinnen und Anwärter auf 600 Stellen pro Jahr. Somit kann innerhalb der nächsten Jahre mehr Personal in die Dienststellen zurückkommen und die Schließung von Polizeidienststellen im ländlichen Raum verhindert werden.



Deregulierung beenden – Staatsquote erhöhen! + 154 Mio. Euro

Ungehemmte Gier nach Renditen durch staatliche Deregulierung und die Entwicklung abstruser privatwirtschaftlicher Geschäftsmodelle dort, wo zuvor die Daseinsvorsorge in Öffentlicher Hand war, sind Ergebnisse des jahrelangen Rückbaus der Staatstätigkeit.



Wir wollen den Ausbau des Öffentlichen Dienstes nach skandinavischem Vorbild: Mehr Staatstätigkeit für bessere Bildung, Gesundheit und regionale Energieversorgung. Die Beamtinnen und Beamten sollen von der 42 zur 40 Stundenwoche, die Angestellten 2010 auf 40 Stunden pro Woche. Die Reduzierung von einer Stunde pro Jahr entspricht 2.900 zusätzlichen Stellen. Wichtige Arbeitsplätze im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich sowie bei Polizei und Justiz werden so geschaffen.

Stärkung der Sozialgerichte – Schaffung zusätzlicher Sozialrichterinnenstellen + 1,3 Mio. Euro

Staatliches Handeln muss durch Gerichte als unabhängige Kontrollinstanzen immer überprüfbar sein, um so die Einzelnen vor ungerechtfertigten Eingriffen des Staates zu schützen. Diese Aufgabe können die Gerichte aber nur erfüllen, wenn sie hinreichend ausgestattet sind. Sozialrichterinnen und -richter sind aufgrund des desolaten Zustands auf dem Arbeitsmarkt und den Hartz-IV-Gesetzen einer kaum zu bewältigenden Prozessflut ausgesetzt, deren Ende nicht abzusehen ist. Wir wollen mit 15 zusätzlichen SozialrichterInnenstellen den Anspruch der Recht-suchenden auf zeitnahe und qualifizierte Rechtsprechung sicherstellen.

Sicherstellung menschenwürdiger und gesunder Verpflegung im Strafvollzug – konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels + 4,5 Mio. Euro

Ziel des Vollzugs von Freiheitsstrafen ist die Resozialisierung und bedeutet (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft. Das kann man nicht an Hand der Ausbruchquote messen, welche der Landeshaushalt als Maßeinheit für die Leistungswirkung des hessischen Strafvollzugs zu Grunde legt.

Grundvoraussetzung der Resozialisierung ist eine angemessene Behandlung und Unterbringung der Inhaftierten. Für den Einkauf von Lebensmitteln werden in Hessen pro Hafttag für einen Inhaftierten 2,09 Euro ausgegeben. Eine vollwertige, den Erkenntnissen der modernen Ernährungslehre entsprechende Verpflegung ist damit nicht möglich. Wir fordern daher mindestens eine Verdoppelung der für den Einkauf von Lebensmitteln zur Gefangenenverpflegung bereitgestellten Gelder.

Bildernachweis

- **Deckel:** Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28. März 2009 in Frankfurt am Main, fotografiert von Carsten Ernst
- **Seite 3:** DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag
- **Seite 4:** Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Arbeitnehmerentgelt in Hessen 1991-2007. Abb. Hessisches Statistisches Landesamt 2009
- **Seite 6:** „Demo für bessere Bildung in Hessen“ am 14. Januar 2009 in Frankfurt am Main, fotografiert von Dietmar Treber
- **Seite 7:** Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2008, Bildungsfinanzbericht der Bundesregierung 2008
- **Seite 9:** Armutsquoten für Hessen 2007 aus dem Armutsatlas 2009. Armutsatlas Paritätischer Gesamtverband, Paritätische Forschungsstelle Dr. Rudolph Martens, April 2009
- **Seite 10:** Arbeitslosenquote unter MigrantInnen in Hessen 2008, Sonderauswertung des Mikrozensus, Darstellung der Hessen Agentur, Hessisches Statistisches Landesamt 2008
- **Seite 13:** GEO-Infografik Gruner+Jahr AG & Co KG
- **Seite 17:** Entwicklung der Beschäftigung im unmittelbaren Landesdienst 2002-2007, Grafik erstellt von Kai Eicker-Wolf, DGB
- **Seite 18:** Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor im internationalen Vergleich, Grafik erstellt von Kai Eicker-Wolf, DGB

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-3506090

Fax: 0611-3506091

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Internet: www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG